

«Kleine Anfrage»

Eingereicht:
Erheblich:
Erledigt:

«Vorpreschen der Bezirke ohne Rechtsgrundlage?»

Wie kürzlich aus der Lokalpresse zu erfahren war, haben die Bezirke des Kanton Schwyz offenbar beschlossen, Ausgaben in ihre 2018er Budgets zu planen, mit welchen diese in Bern Subventionen aus der CO2-Abgabe für den Kanton Schwyz beanspruchen wollen und sich verpflichten möchten, beim Teil B des Gebäudeprogramms mitzumachen.

Offenbar glauben die zuständigen Bezirksräte in der Mehrheit, dass es sich dabei um ein Nullsummenspiel oder gar um einen Gewinn für den Kanton Schwyz handle. Dass dabei die Erkenntnisse des Schwyzer Regierungsrats, der Beschluss des Kantonsrats vom letzten Mittwoch sowie die deutliche Ablehnung der Plusenergieinitiative durch das Stimmvolk am 21. Mai 2017 ignoriert werden, erstaunt uns sehr.

Wir sind überzeugt, dass es falsch wäre, sich bei diesem grösstenteils wirkungslosen Subventionsprogramm finanziell zu engagieren. Die grossen Mitnahmeeffekte (es würde sowieso investiert) sind allgemein anerkannt und sogenannte Rebound-Effekte (Verhaltensänderung der Nutzer) führen zu einer deutlich kleineren Wirkung als erhofft. Die von den Subventionsbefürwortern im Kantonsrat angepriesenen Investitionsschübe sind Theorie und es sind keine Zahlen bekannt, welche Steuer-Mehreinnahmen durch zusätzliche Investitionen belegen könnten.

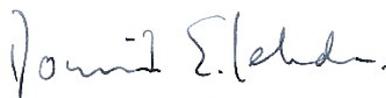
Noch bedeutender in diesem konkreten Fall ist für uns allerdings die Frage, ob sich die Bezirke überhaupt rechtskonform verhalten.

Daher unsere Fragen an das Finanzdepartement:

- Ist eine genügende Rechtsgrundlage für die zweckbestimmten Pro-Kopfbeiträge der Bezirke vorhanden? Wie ist das Vorgehen der Bezirke aus finanzhaushaltsrechtlicher Sicht zu beurteilen?
- Wie beurteilt der Regierungsrat die von den Bezirksräten aufgrund ihres Vorpreschens nunmehr geschaffene "Situation der vollendeten Tatsachen"?
- Wird der Regierungsrat nun gezwungen, den Vollzug der Subventionsanträge zu bewerkstelligen? Will er das überhaupt und rückt er von seinem bisherigen Standpunkt in Fragen der Energiesubventionen ab?



Kantonsrat René Baggenstos
FDP Ingenbohl-Brunnen



Kantonsrat Dominik Zehnder
FDP Bäch



Kantonsrat Walter Züger
SVP Altendorf